

## Kooperation statt Verhinderungspolitik

Wirtschaftsverbände aus Ob- und Nidwalden fordern einen raschen Baustart des Bypass Luzern.



Stau auf der Höhe Stans. Die langen Wartezeiten und der Ausweichverkehr machen den Standort weniger attraktiv.

Bild: René Meier

### Bypass: Der aktuelle Stand

Momentan liegt der Ball beim Bundesverwaltungsgericht: Nachdem der Bund im Februar 2024 die Baubewilligung für den Bypass erteilt hatte, bei welchem die Einsprachen mehrerer Luzerner Gemeinden nicht berücksichtigt worden waren, entschied sich neben der Stadt Kriens auch der Luzerner Stadtrat, den Bund vor Gericht zu zeren. Seither wird auf den Entscheid gewartet. Die wichtigste Forderung der Stadt Luzern ist eine durchgehende Busspur durch die Innenstadt, welche Teil des Bypass-Projekts werden soll. Sollte das Bundesverwaltungsgericht die Einsprachen ablehnen, wäre ein Weiterzug vor Bundesgericht möglich. (yah)

### Raffaele Wiler

«Die Stausituation rund um die Verzweigung Lopper auf den Autobahnen A2/A8 in Ob- und Nidwalden entwickelt sich zunehmend zu einem Standortproblem für die Wirtschaft», werden die Wirtschaftsverbände aus Nid- und Obwalden zu Beginn ihrer Medienmitteilung, die sie als offenen Brief verstehen, ganz deutlich.

Hinter diesem Brief stehen der Gewerbeverband Obwalden, der Gewerbeverband Kanton Nidwalden, die IWV Industrie- und Wirtschaftsvereinigung Unterwalden, die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) und Pro Wirtschaft Nidwalden/Engelberg. Der Brief ist also breit abgestützt in der Wirtschaft.

### Rascher Baustart gefordert

Die verschiedenen Verbände fordern einen «raschen Baustart

des bereits bewilligten Projekts Gesamtsystem Bypass Luzern». Sie appellieren deshalb an die Organisationen und Gemeinden, die eine hängige Beschwerde gegen die Baubewilligung haben, diese zurückzuziehen.

Namentlich werden im Brief die Stadt Luzern, die Stadt Kriens, die Gemeinde Emmen, der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) und der WWF Luzern erwähnt. Ihre Beschwerden gegen die Baubewilligung liegen derzeit beim Bundesverwaltungsgericht (siehe Box). Die Wirtschaftsverbände fordern in der Mitteilung ein «verantwortungsvolles Abwägen zwischen berechtigten Anliegen und den gesamt- und überregionalen Interessen». Vonseiten der Beschwerdeführer heisst es, man nehme den Brief und die Anliegen der Wirtschaftsverbände ernst und wolle den direkten Austausch mit ihnen suchen.

«Es braucht den politischen Willen, über Gemeinde- und

Verbandsgrenzen hinauszudenken – im Sinne der Zentralschweiz als wirtschaftlich starken Lebensraum», wird Jonas Wieland, Präsident des Gewerbeverbandes Obwalden, im Brief zitiert. Eine «reine Verhinderungspolitik verunmöglicht die Modernisierung und eine zukunftsorientierte Entwicklung der Region», heisst es in der Mitteilung. Es brauche Kompromisse und Kooperation.

### Stau wird zum Standortproblem

Die Autobahninfrastruktur rund um die Verzweigung Lopper stösst bereits im Alltagsverkehr an seine Grenzen. Zusammen mit dem sommerlichen Freizeit- und Transitverkehr liege das Verkehrsaufkommen beispielsweise im August nochmals rund 30 Prozent höher und bringe den Verkehr auf den Autobahnen A8 und A2 sowie auf dem nachgelagerten Verkehrsnetz regelmässig zum Er-

«Mit diesem regelmässigen Verkehrschaos setzen wir das Potenzial unserer innovativen Unternehmen, Arbeitsplätze und nicht zuletzt unseren Wohlstand aufs Spiel.»

Peter Barmettler  
Präsident des Nidwaldner Gewerbeverbandes

liegen, schreiben die Verbände in der Mitteilung.

Diese «prekäre Verkehrssituation» schlage sich auf die Attraktivität der Nid- und Obwaldner Unternehmen nieder. «Die Verkehrssituation wird für uns immer mehr zu einem Standortnachteil. Auch die ÖV-Anbindung an Pilatus in Nidwalden ist für viele unserer auswärtigen Mitarbeitenden – auf welche wir angewiesen sind – suboptimal und hindert uns daran, die besten auswärtigen Talente zu rekrutieren und zu halten», wird der CEO der Pilatus Flugzeugwerke, Markus Bucher, in der Mitteilung zitiert.

Ähnlich tönt es bei Peter Barmettler, Präsident des Nidwaldner Gewerbeverbandes: «Mit diesem regelmässigen Verkehrschaos setzen wir das Potenzial unserer innovativen Unternehmen, Arbeitsplätze und nicht zuletzt unseren Wohlstand aufs Spiel.» Gerade der Ausweichverkehr führe auch

auf den Nebenstrassen in Ob- und Nidwalden zu einem Verkehrschaos.

### Bypass als einzige Lösung

Die Massnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Autobahnen seien mit der Installation einer Dosieranlage an unterschiedlichen Einfahrten bereits erschöpft. Und auch der ÖV stosse an seine Kapazitätsgrenzen. Entlastung im ÖV-Bereich durch den Durchgangsbahnhof Luzern lässt auf sich warten. Die Wirtschaftsverbände schlussfolgern: «Die einzige Lösung ist ein rascher Baustart des Gesamtsystems Bypass.» Die Verkehrsinfrastruktur werde modernisiert und den aktuellen Herausforderungen angepasst. «Das Projekt wurde langfristig geplant und präzise evaluiert. Mit der Planungsgenehmigung ist alles bereit für einen raschen Baustart», wird Adrian Derungs, Direktor der IHZ, zitiert.

## Regierung hält an Tanzverbot an hohen Feiertagen fest

Die fünf hohen Feiertage sollen weiterhin geachtet werden, findet die Nidwaldner Regierung und lehnt eine entsprechende Motion ab.

### Matthias Piazza

Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, der Eidgenössische Betttag und der Weihnachtstag am 25. Dezember: An diesen hohen Feiertagen sind Veranstaltungen nicht religiöser Art sowie organisierte sportliche Übungen und Wettkämpfe in Nidwalden untersagt. Gemeinden können in Ausnahmefällen kulturelle Veranstaltungen erlauben, die dem Sinn des Feiertages entsprechen.

Diese Regelung soll abgeschafft werden, fordern die beiden FDP-Landratsmitglieder Iren Odermatt (Dallenwil) und Reto Blättler (Hergiswil) in einer Motion zusammen mit weiteren Mitunterzeichnenden. Die Regelung schränke die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger sowie die kulturelle Vielfalt ein. «In

einer modernen und pluralistischen Gesellschaft sollte es jedem Einzelnen freistehen, wie er oder sie die Feiertage gestalten möchte», heisst es in der Motion. Auch wirtschaftliche Argumente führen die FDP-Landratsmitglieder zur Abschaffung des Tanzverbots ins Feld. So möchten sie es den Veranstaltungsorten, Clubs und Restaurants «mit dem liberalen Gedanken» selbst überlassen, wann und wie sie ihre Anlässe planen möchten.

### Kanton soll zu christlichen Wurzeln stehen

Der Regierungsrat sieht dies anders und beantragt dem Landrat, die Motion abzulehnen, wie er einer Medienmitteilung vom Montag schreibt. Die geltenden Regelungen hätten sich bewährt und Veranstalter hätten sich

stets mit diesen arrangieren können. Weiter erachtet der Regierungsrat es als wichtig, dass der Kanton Nidwalden zu seinen christlich geprägten Wurzeln

stehe. «Die hohen Feiertage sollen weiterhin geachtet werden. Die damit verbundenen Einschränkungen sind verhältnismässig und betreffen lediglich

fünf Tage im Jahr», so Othmar Filliger, Volkswirtschaftsdirektor und seit 1. Juli Landammann. Auch könnten dank des Veranstaltungsverbots jede Nidwaldnerin und jeder Nidwaldner die hohen Feiertage weiterhin begehen und feiern, ohne dass sie sich von anderweitigen Veranstaltungen gestört fühlen müssten, in Zusammenhang mit Lärmemissionen, Verkehr und Terminkollisionen.

### «Der Regierung fehlt der Mut»

Erwartungsgemäss enttäuscht von der abschlägigen regierungsrätlichen Antwort zeigt sich Motionär Reto Blättler. «Der Regierung fehlt unverständlicherweise der Mut für die Abschaffung des Gesetzes, das nicht mehr zeitgemäss ist.» Als Beispiel erwähnt er Ländlermu-

sikanlässe am Betttag in Engelberg oder am Karfreitag in Kerns. «Solche beliebten Anlässe, die meines Erachtens nicht im Widerspruch zu unserer christlichen Kultur stehen, wären wohl in Nidwalden verboten», bedauert er. Die Abschaffung würde darum auch zu einer Angleichung und Gleichberechtigung innerhalb der Schweiz führen, wo es in vielen anderen Kantonen kein Veranstaltungs- oder Tanzverbot gebe.

Auf die Frage, wie er die Chance der Motion einschätze, dass sie das 60-köpfige Kantonsparlament überweist, will er sich nicht auf Äste hinauslassen. «Klar ist, dass praktisch die gesamte 16-köpfige FDP-Fraktion dahintersteht.» Er sei zuversichtlich, im Landrat eine Mehrheit zu finden, damit dieses exotische Gesetz abgeschafft werde.



Ausgelassene Stimmung beim Tanzen im Club: An gewissen Feiertagen ist dies in Nidwalden nicht möglich. Bild: Valentin Flauraud/KEY